

Agence France Press

Bolivians Übergangspräsident setzt Wahlen für 18. Dezember an

Der bolivianische Übergangspräsident Eduardo Rodríguez hat Präsidentschafts- und Parlamentswahlen für den 18. Dezember angesetzt. Zugleich legte er am Dienstag (Ortszeit) per Dekret eine Neuverteilung der Sitze im Parlament für die neun Provinzen (Departamentos) fest. Demnach soll die wohlhabende Provinz Santa Cruz drei Mandate und die Provinz Cochabamba ein Mandat zusätzlich erhalten. Drei ärmere Provinzen verlieren dem Dekret zufolge dagegen Sitze: La Paz zwei, Oruro und Potosi jeweils einen. Die ursprünglich für den 4. Dezember geplante Parlamentswahl war Ende Oktober auf unbestimmte Zeit verschoben worden, weil sich die Abgeordneten nicht auf die Sitzverteilung einigen konnten.

In ersten Reaktionen auf das Präsidentendekret bestanden Vertreter von Santa Cruz weiter auf den von ihnen geforderten zusätzlichen vier Mandaten. Vertreter von Cochabamba, das ursprünglich zwei zusätzliche Sitze gefordert hatte, äußerten sich zunächst zurückhaltend. In den Provinzen La Paz, Oruro und Potosi, die sich seit Wochen gegen eine Verringerung ihrer Mandate im Parlament wehren, könnte es nach Meinung von Beobachtern zu Unruhen kommen.

Bevor Rodríguez seine Entscheidung bekannt gab, führte er intensive Gespräche mit dem laut Umfragen aussichtsreichsten Präsidentschaftsbewerber, dem indianischen Führer der Koka-Bauern Evo Morales von der Partei Bewegung zum Sozialismus (MAS), sowie dessen beiden Kontrahenten: der frühere konservative Präsident Jorge Quiroga und der Unternehmer Samuel Doria Medina.

Das bolivianische Verfassungsgericht hatte die bisherige Sitzverteilung in einem Ende September gefällten Urteil für verfassungswidrig erklärt, weil gemäß der letzten Volkszählung viele Menschen auf der Suche nach Arbeitsplätzen aus ärmeren Provinzen in reichere Gebiete abgewandert und La Paz, Oruro und Potosi mithin im Parlament überproportional vertreten seien. Dem Parlament erteilte das Verfassungsgericht deshalb den Auftrag, die Sitzverteilung neu zu ordnen.

Das Parlament hatte Rodríguez erst im Juni zum Nachfolger des nach dreiwöchigen Unruhen zurückgetretenen Präsidenten Carlos Mesa bestimmt. Hintergrund der Krise im ärmsten Land Südamerikas ist ein erbitterter Konflikt um die Rohstoffreserven. Die Gewerkschaften und linksgerichtete Parteien werfen der Regierung vor, internationalen Konzernen die Ausbeutung der reichen Gasvorkommen Boliviens zu ermöglichen, ohne die arme Bevölkerung an den Einnahmen teilhaben zu lassen. Tausende Menschen hatten deshalb gegen die Energiepolitik von Präsident Mesa und für die Wiederverstaatlichung des privatisierten Energiesektors demonstriert.